

Die Politik Jesu : aus einem Vortrag von André Trocmé am Ökumenischen Seminar des IFOR (Versöhnungsbund) in Rom, Dezember 1970

Autor(en): **Trocmé, André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **65 (1971)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141921>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nicht von ihrer Haltung abbringen. «Es gehöre zu den vornehmsten Pflichten, für die Gerechtigkeit in der Welt einzustehen. . . . Es stehe dabei nicht zur Diskussion, ob Angela Davis sich zum Christentum bekenne oder nicht. Entscheidend sei, daß es beim Prozeß gegen sie recht hergehe.»

Professor Bartsch weiß sich mit Pfarrer Treblin darin einig, daß die unterdrückende Gewalt aufgehoben werden muß, besonders wenn sie mit «christlicher» Rechtfertigung auftritt. Er stimmt auch mit ihm überein, daß es vom christlichen Standpunkt keine Rechtfertigung für die Anwendung von Waffengewalt gibt, weder im revolutionären Kampf noch zur Erhaltung oder Herstellung von Ruhe und Ordnung. Er hat aber das Gefühl, daß für ihn die Solidarität mit den Unterdrückten, die allein das Zeugnis der Liebe Jesu Christi vermitteln kann, über der Frage rangiert, ob Waffengewalt angewendet werden darf oder nicht. Solange er selbst nicht vor diese Entscheidungsfrage konkret gestellt ist, hat er, wie er sagt, nicht den Mut, anderen — gar Nichtchristen — den Verzicht auf Waffengewalt zu predigen. Er hält es für möglich, daß er in der Situation von Camillo Torres oder Eduardo Mondlane nicht anders als sie handeln könnte.

In der Frage der Gewaltanwendung im Kampf um soziale Gerechtigkeit ist dies eine klare Stellungnahme, der wir zustimmen und für die wir Professor Bartsch herzlich dankbar sind. Red.

Die Politik Jesu

Aus einem Vortrag von André Trocmé
am Ökumenischen Seminar des IFOR (Versöhnungsbund) in Rom.
Dezember 1970

Die Außenpolitik Jesu

In der Außenpolitik ist Jesus für die Ablehnung des Gehorsams gegenüber Herodes und für die friedliche Koexistenz mit den Römern. Es ist leicht zu verstehen, warum.

Für Jesus ist Herodes der Usurpator des Thrones Israels. Er hätte sich, als Galiläer Herodes unterordnen müssen, stattdessen begegnet er ihm mit radikalem zivilem Ungehorsam, wie es später Gandhi mit den Engländern tat. Herodes läßt Jesus durch Vermittler sagen: «Gehe weg von hier, Herodes will dich umbringen.» Jesus weigert sich, seine Pläne zu ändern und antwortet: «Geht und sagt diesem Fuchs also . . . , daß ich heute, morgen und den Tag darauf wandern muß . . . » usw. (Lukas 13, 31-33.) Später, vor dem Gericht Herodes, weigert er sich, dessen Fragen

zu beantworten. Für ihn zählt Herodes nicht. Dieser Kontrast zu Jesu Verhalten Pilatus und den Römern gegenüber, überrascht uns. Ich habe dieses Verhalten als eine friedliche Koexistenz definiert, doch gründet sich diese Koexistenz nicht auf einem Kompromiß, auf einer Verteilung der Verantwortung zwischen Staat und Kirche. (Siehe Konkordat.) Einerseits gesteht Jesus dem Kaiser die herrscherliche Macht, die «exousia», zu und sagt: «Gebet also dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist.» (Matthäus 22, 21.) Zu Pilatus sagt Jesus: «Du hättest keine Macht (exousia) über mich, wenn sie dir nicht wäre von oben herab gegeben.» (Johannes 19, 11.) Scheinbar will Jesus sagen, daß auch Pilatus, obwohl Heide, in die Pläne Gottes einbegriffen ist, einmal um die allgemeine Ordnung herrschen zu lassen, zum anderen als sein Werkzeug, als Schauspieler, wenn auch mit negativer Rolle im Erlösungsprogramm. Jesus spricht in der gleichen Weise von Judas.

Auf der anderen Seite meint Jesus, wenn er sagt: «Gebt Gott was Gottes ist», das spezielle Programm, das Gott dem jüdischen Volk aufgetragen hat. Es ist die Aufgabe dieses Volkes, sich Gott und seinem Messias unterzuordnen, um das Licht der Völker zu sein. (Jesaja 42, 6.) Es handelt sich also um Koexistenz, denn die Berufung des Kaisers und die des Volkes Gottes sind völlig verschieden und begegnen sich nicht. Der Tribut, das Zeichen der politischen Herrschaft des Kaisers über Israel gehört zum Reich des Mammon und ist kein wirksames Mittel um das Reich Gottes zu verwirklichen.

Wenn auch heute dieser Konflikt zwischen materieller Macht der Finanz und der Waffen in der Welt und der geistlichen Macht des Volkes Gottes mehr in Betracht gezogen würde, stünde das Rad der Geschichte nicht still, sondern würde von der Kirche beschleunigt.

Die Sozialpolitik Jesu

Jesus ist für die ständige Revolution. Heute ist die Geschichte durch den Kampf zwischen zwei wirtschaftlich-politischen Strukturen blockiert. Auf der einen Seite der Kapitalismus, der den freien Umlauf des Geldes anpreist und der heute, wie zu den Zeiten Jesu, zum Reichwerden der Einen und zur Verarmung der Anderen führt. In Galiläa waren die Bauern völlig verschuldet und fast wie Sklaven der Verwalter, die gleichzeitig Steuereinnahmer waren und der Wucherer, die ihren Opfern zu überstem Zins das Geld liehen, das sie den Großbesitzern und Herodes schuldeten.

Auf der anderen Seite führt der heutige Sozialismus fast automatisch zu einem Kapitalismus des Staates, in dem die Regierung ihre Bürger scharf kontrolliert und ihnen damit ihre Freiheit nimmt. Demzufolge unterdrückt der Staatskapitalismus die private Initiative, die Erfindungsgabe, um sie durch eine erdrückende Bürokratie zu ersetzen.

In seiner Eröffnungsrede in Nazareth ernennt sich Jesus zum Messias (Lukas 4, 16-21) und verkündet die Einrichtung eines Jubeljahres gemäß dem Gesetz Moses. Um der Anhäufung des Kapitals in den Händen Weniger vorzubeugen, sah Moses vor:

1. Erlaß der Schulden alle sieben Jahre;
2. Freilassung der Sklaven alle sieben Jahre;
3. Zuteilung eines kleinen Startkapitals an den Freigelassenen;
4. Neuverteilung des Landes alle neunundvierzig Jahre.

Dies nennt Jesus, wie der Prophet Jesaja: «Das Gnadenjahr des Herrn und ein Tag der Rache unseres Gottes.» (Jesaja 61, 2.)

Versuchten wir im Jahr 1970 eine solche andauernde Revolution anzuwenden, könnten die Vereinten Nationen das Problem der Verschuldung der unterentwickelten Länder, die Ursache von Ungleichheit und Ausbeutung, lösen und man könnte im Inneren jeder Nation eine echte Gesellschaft gründen, ohne die individuelle Aktivität und Freiheit zu lähmen.

(Übersetzt von H. Vaccaro)

Sozialistische Politik heißt auch

Aktive Außenpolitik im Sinne der internationalen Solidarität

Wenn die offizielle Schweiz ihre Friedensliebe erklären und verteidigen muß, so weist sie darauf hin, daß erstens unsere Armee seit langer Zeit kein fremdes Territorium angegriffen und zweitens, daß sie während der Weltkriege den Krieg von unserem Land ferngehalten habe. (Das erste Argument ist ebenso richtig wie auch für einen Kleinstaat selbstverständlich; auch die zweite Überlegung stellt kein besonderes Verdienst dar, es sei denn, man beurteile den Krieg rein nationalistisch und nicht menschlich). Wer sich mit dieser Erklärung zufrieden gibt, soll sich zufrieden geben! Wir verstehen unter Friedensarbeit etwas mehr, zum Beispiel konkrete Beiträge zur Entspannung in diesem oder jenem Teil der Welt, vielleicht sogar Lösungsbeiträge zu den großen wirtschaftlichen Konflikten im Nahen oder Fernen Osten, zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Das verstehen wir unter der aktiven Außenpolitik eines Kleinstaates. Wenn wir das Verhalten der Schweiz mit diesem Maßstab messen und zum Vergleich noch die Politik anderer Kleinstaaten zuziehen, so schneidet unser Land miserabel schlecht ab: